

PARLAMENT DER  
DEUTSCHSPRACHIGEN  
GEMEINSCHAFT

SITZUNGSPERIODE 2004-2005

Nr. 10

Ausführlicher Bericht

DER PRÄSIDENT.- Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister.- Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich zunächst einmal dafür, dass Vertreter aller Fraktionen so ausführlich zum Thema Bildung und Unterricht Stellung bezogen haben. Das zeigt, dass dieses Thema für keine Fraktion ein Klotz am Bein ist - weder in den Finanzen noch in der Redezeit -, sondern bei allen einen besonders hohen Stellenwert genießt. Ich frage mich ohnehin, wie Kollege Chaineux auf die Idee kommen kann, jemandem zu unterstellen - dem Ministerpräsidenten, einem Regierungsmitglied oder gleich welchem Parlamentsmitglied der Opposition oder der Mehrheit -, er betrachte den Unterricht oder die Bildung als Klotz am Bein. Das ist nachweislich falsch. Nein, das Bildungswesen ist bedeutend und eine große Herausforderung. Ich möchte dafür einleitend nur drei Gründe anführen.

Zunächst einmal ist das Bildungswesen von Bedeutung, weil in der Schule Weichen gestellt werden, die, wie Sie wissen, die Entwicklung jedes Einzelnen und damit unserer Gesellschaft insgesamt nachhaltig beeinflussen. In der Schule werden Grundlagen für die kulturelle Entfaltung und die wirtschaftliche Entwicklung unseres Gebietes geschaffen. Nicht zuletzt - das wurde mehrmals erwähnt - leistet die Schule einen fundamentalen Beitrag zur Lebensfähigkeit unserer demokratischen Grundordnung, denn in der Tat lebt unsere Demokratie von Grundfertigkeiten, von der Bereitschaft und von der Fähigkeit aller Bürgerinnen und Bürger, sich kritisch und informiert in den gesellschaftlichen Prozess einzubringen.

Kollege Servaty hat in der letzten Woche in diesem Zusammenhang zu Recht „gedrängelt“ - so würde ich beinahe meinen -, das Fach Bürgerkunde endlich mit einem Konzept auch in unsere Schulen zu bringen. Er fragte danach, was in dieser Angelegenheit seit Amtsantritt der Regierung geschehen sei. Nun, ich kann Sie beruhigen: Dieses Thema ist für uns ein ganz primäres Anliegen. Wir haben bereits bzw. werden in der Pädagogischen Dienststelle verschiedene Arbeitsgruppen einberufen. Diese können auf den Ratschlag und die Informationen außenstehender Experten zurückgreifen, um zu überlegen, wie man das Fach Bürgerkunde am besten unter unsere Jugendlichen in die Schulen bringt. Ansätze sind natürlich die fächerübergreifenden Bildungsstandards und die Übernahme in bestimmte Lehrpläne. Es stellt sich natürlich die praktische Frage, in welchem Unterricht wir diese wichtigen Themen auch tatsächlich bearbeiten können. Einen Bürgerkundeunterricht sind wir unserer Gemeinschaft schuldig, auch vor dem Hintergrund, dass gerade im Jahr 2005 das Thema Bürgerkunde - auf Französisch „La citoyenneté par l'éducation“ - für die gesamte Europäische Union von besonderer Bedeutung und Schwerpunkt sein wird.

Zu Recht wurde auch darauf hingewiesen, dass in der Bildung die Grundlagen für soziale Chancengerechtigkeit oder aber für soziale Chancenungerechtigkeit gelegt werden. ... (*Zwischenruf von Herrn Niessen*) ... Nicht nur in der Bildung, da haben Sie Recht, Kollege Niessen, aber doch auch dort! ... Im Vordergrund unserer Bemühungen muss deshalb das Bestreben stehen, jedem einzelnen Kind - unabhängig von seiner geographischen, finanziellen oder sozialen Herkunft - einen Unterricht anzubieten, der es ihm erlaubt, seine ureigenen Talente und seine ureigenen Möglichkeiten bestmöglich zu entfalten und Grundfertigkeiten wie lesen, schreiben, rechnen und sprechen zu erlernen, und zwar deshalb, weil jedes Kind Anrecht auf Bildung hat. Weil jedes Kind Anrecht auf Bildung hat, hat es auch ein Anrecht darauf, dass ihm dabei geholfen wird, seine Talente zu nutzen. Das Streben nach sozialer Chancengleichheit muss deshalb Leitfaden jeder Unterrichtspolitik sein, und das nicht nur, weil die PISA-Studie das sagt.

Ein zweiter Grund dafür, dass Bildung so bedeutend ist, ist derjenige, dass sehr viele, ja eigentlich alle

Menschen auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft direkt oder indirekt von der Unterrichtspolitik betroffen sind. In unseren 66 Grundschulniederlassungen, zehn Sekundarschulen, fünf Sonderschulen, sechs Abendschulen, drei PMS-Zentren und drei Hochschulen lernen insgesamt 15.648 Schülerinnen und Schüler, die von über 2.100 Personalmitgliedern mit unterschiedlichsten Dienstrechten betreut werden.

Drittens ist die Bildung natürlich auch wichtig, weil das Unterrichtswesen im Haushalt der Gemeinschaft der Bereich ist, dem wir mit großem Abstand die größte Priorität einräumen. Kollege Chaineux, ich hoffe, Sie werden es jetzt nicht als einen Klotz an irgendeinem Bein verstehen, wenn ich mir erlaube, auch über die Hälfte unserer Einnahmen und damit auch unserer Ausgaben einige Worte zu sagen, auch wenn dort die eine oder andere Zahl oder der eine oder andere Prozentsatz genannt werden sollte.

Im Jahre 2005 werden wir insgesamt fast 80 Millionen EUR in unser Unterrichtswesen investieren. Das sind fast 50% unserer Einnahmen. Was machen wir mit diesem Geld? 86% des gesamten Unterrichtshaushaltes geben wir direkt für Gehälter und damit zum allergrößten Teil natürlich für unsere Lehrer aus. Das bedeutet - das dürfen wir ganz einfach nicht unterschätzen -, dass wir mehr als 40% aller Einnahmen der Gemeinschaft in die Gehälter des Unterrichtspersonals investieren. 9% dieser Mittel stellen wir den Schulen in Form von Dotationen und Subventionen für ihr Funktionieren zur Verfügung. 3% investieren wir in Steine, d.h. in Infrastrukturen. Weitere 2% geben wir aus für die Schülerbeförderung, die Studienbeihilfen, die Ausstattungen und die Ausrüstungen.

Diese Zahlen zeigen zum einen, wie falsch und unberechtigt der Vorwurf einer bestimmten Gewerkschaft ist, „die Gemeinschaft investiere vorrangig in Steine und weniger in Menschen.“ Gerade vor diesem Hintergrund erstaunt mich die Bemerkung des Redners der CSP doch sehr, wir würden zu wenig in Steine investieren, denn die CSC sagt genau das Gegenteil. Es gibt einen Grund, weshalb wir nur 3% unserer Mittel in Steine investieren, und zwar den, dass gerade in den letzten Jahren, seit der Verabschiedung des Infrastrukturdekrets hier im Rat, Zuschussätze von 80% für Schulen zugestanden wurden und sehr viele Projekte bereits realisiert werden konnten. Es ist ganz einfach falsch zu behaupten, die Gemeinschaft täte in den nächsten beiden Jahren nichts für die Schulen - übrigens können Sie noch gar nicht urteilen, denn der Plan umfasst nur die Jahre 2005 und 2006. Nichts ist falscher als das, denn auch hier stellen wir Verpflichtungsermächtigungen bzw. Pläne in Höhe von 4 Millionen EUR zur Verfügung. Wenn Sie in diesen Plänen beispielsweise das Agora-Projekt am RSI oder Reparaturarbeiten im IDGS oder im RSI vermissen, dann kann es nur daran liegen, dass Sie die Pläne entweder nicht gelesen haben oder aber sie bewusst nicht verstehen wollten.

HERR CHAINEUX (*aus dem Saal*).- So steht es im Katalog!

HERR PAASCH, Minister.- Nein, das ist völlig falsch! Das Agora-Konzept steht zum Teil in seiner zweiten Phase im Plan. Das können Sie nachschauen. Wenn die dritte und vierte Phase nicht im Plan stehen, dann nur deswegen, weil sie noch nicht zugesagt werden können, denn Sie wissen doch wie jeder hier im Hause, dass im Gemeinschaftsunterrichtswesen nur dann Zusagen erteilt werden können, wenn das Projekt in seinen Einzelbestandteilen und Phasen zusagefähig ist. Und das ist ganz einfach - das ist beileibe nicht unsere Schuld - nicht der Fall. Die im Plan bzw. im Katalog befindlichen Phasen III und IV - machen Sie sich darüber keine Sorgen - werden wir selbstverständlich zur gegebenen Zeit, d.h. dann, wenn man uns darum bittet, in den Plan einschreiben. Niemals und zu keinem Zeitpunkt haben wir dieses Konzept in Frage gestellt, weder den Antragstellern gegenüber noch in irgendeiner Besprechung der Koalition oder der Regierung.

Sie unterstellen hier ganz einfach falsche Dinge, genauso wie Sie unterstellen, wir hätten in Abänderungsanträgen jetzt urplötzlich die Infrastrukturmittel im Unterrichtshaushalt entscheidend gekürzt. Auch das ist falsch, und auch das liegt daran, dass Sie bestimmte Dinge entweder nicht lesen

oder aber nicht verstehen wollen. Ich möchte Ihnen jedoch nichts unterstellen. Ich weiß, dass die Haushaltstechniken äußerst kompliziert sind. Aber wenn Sie das behaupten ... *(Zwischenrufe der CSP)* ..., dann haben Sie den Haushalt entweder nicht verstanden oder nicht gelesen. Dann haben Sie nämlich ganz offensichtlich Verpflichtungsermächtigungen mit Ausgabeermächtigungen verwechselt. Das wiederum ist ein Fehler, den man nur einem jungen Ratsmitglied verzeihen kann. Aber da Sie ja eben eine Jungferrede gehalten haben, kann ich Ihnen das durchaus einmal durchgehen lassen!  
*(Zwischenrufe der CSP)*

Diese Zahlen, meine Damen und Herren, die ich eben noch einmal in Prozentsätzen - das werden Sie mir sicherlich nicht vertübeln - vorgetragen habe, zeigen vor allem, welchen Einfluss die Entwicklung der Gehaltskosten im Unterrichtswesen auf den Gesamthaushalt der Gemeinschaft und damit auf unsere finanziellen Handlungsspielräume hat, denn allein im Jahr 2005 werden wir zusätzlich rekurrente Mittel in Höhe von 2,6 Millionen EUR für die Gehälter im Unterrichtswesen zur Verfügung stellen. Dies entspricht einer Steigerung der Gehaltskosten um 4,13%. Im Jahr 2006 werden wir diesen Posten ein weiteres Mal um mindestens 1,6 Millionen EUR erhöhen. Es ist jetzt schon absehbar, dass wir 2007 noch einmal mindestens 1,5 Millionen EUR drauflegen müssen, und das bei eingefrorenem Stundenkapital im Sekundarschulwesen.

Kollege Chaineux, Ihre Rede hat mich auch in diesem Punkt ganz besonders erstaunt. Sie behaupteten, diese Steigerung von 4,13% sei kein Mehrwert für unsere Kinder und bringe nichts, so dass man sie folglich hätte streichen können bzw. müssen.

HERR CHAINEUX *(aus dem Saal)*.- Falsche Logik!

HERR PAASCH, Minister.- Ja, dann sagen Sie mir doch mal, wie Sie behaupten können, diese Investition stelle „keinen Mehrwert für die Kinder“ dar, man hätte dies eigentlich gar nicht zu machen brauchen und wir hätten überhaupt keine finanziellen Anstrengungen für das Unterrichtswesen unternommen. ... *(Zwischenruf von Herrn Chaineux)* ... Ich kann Ihnen sagen, dass gerade diese 4,13% für uns mit einer enormen Anstrengung verbunden war ... *(Zwischenruf)* ... Wie bitte?

HERR CHAINEUX *(aus dem Saal)*.-.- Das ist eine Indexsache!

HERR PAASCH, Minister.- 4% Index? Das würde mich allerdings sehr freuen, denn dann hätten wir mit Handlungsspielräumen keine Probleme mehr. Dann hätten wir nämlich auch entsprechende Einnahmen!

HERR CHAINEUX *(aus dem Saal)*.- Die Elemente, die dazu führen, könnte ich Ihnen aufzählen!

HERR PAASCH, Minister.- Ja, ich werde Ihnen den Gefallen sogar tun. Ich werde sie auflisten! ... Was bedeutet 4,13% Steigerung? Was ist mit diesen 2,6 Millionen EUR an zusätzlichen Mitteln gemacht worden? Zum einen - da haben Sie Recht - haben wir, erstens, die Gehaltskosten finanziert, die ja durch Annalen, Biennalen und Indexanpassungen, aber auch durch Wartegehälter und Vorruhestandsregelungen jedes Jahr steigen, und zweitens - das haben Sie offensichtlich übersehen - haben wir mit diesen 2,6 Millionen EUR zu einem ganz bedeutenden Teil für die Jahre 2005 und - wie Sie sehen werden - auch 2006 reale Gehaltserhöhungen für die Lehrer und Lehrerinnen unseres Unterrichtswesen finanziert. 2005 erfahren die in der Stufe II+ beschäftigten Personen durch die im Sektorenabkommen vorgesehene Anpassung des Feringeldes zusätzlich zum Index eine reale Gehaltserhöhung von 1 bis 1,5%.

Übrigens, uns in diesem Zusammenhang vorzuwerfen, wir hätten das Sektorenabkommen nicht zeitgerecht umgesetzt, ist eine weitere Fehleinschätzung Ihrerseits. Ganz im Gegenteil, wir setzen das Sektorenabkommen in allen Punkten so um, wie es die vergangene Regierung zugestanden hatte. Sie wissen, dass das sogar ein großzügiger Akt war, denn in Wirklichkeit wären wir nach föderalen

Maßstäben erst gezwungen gewesen, das bis 2009 zu tun. Wir ziehen es vor, diese den Gewerkschaften vertraglich zugestandene Verpflichtung so, wie hier vor Ort vereinbart, einzuhalten. Allein diese Tatsache macht im Haushalt 2005 800.000 EUR an Mehrkosten aus.

2006 werden die Lizentiate - also das Niveau I - ebenfalls in den Genuss dieser Erhöhung kommen. Eine weitere Gehaltserhöhung von 1% - das ist auch in den 2,6 Millionen EUR enthalten - werden ab Dezember 2004 alle in der Stufe I beschäftigten Lehrer erhalten. Das bedeutet, dass die Gehälter insgesamt für die Stufe II+ allein im Jahr 2005 um mehr als 1,5% angehoben wurden und dass die Lizentiate 2006 zuzüglich zum Index von der doppelten Gehaltserhöhung profitieren werden. Ich denke doch, dass auch das die Lehrer und auch vor allem die Gewerkschaften und damit hoffentlich auch die Opposition zumindest in einer gewissen Form beruhigen sollte.

Erwähnt haben Sie auch nicht, dass wir nicht nur die Gehaltskosten erhöht haben. Wir haben auch für alle Schulen die Funktionsdotationen und -subventionen im Jahr 2005 um weitere 2,5% angehoben. Ob Sie das nun glauben oder nicht, das sind für den Haushalt der Gemeinschaft gigantische Summen und damit ebenso große Herausforderungen. Ich sagte eben bereits: Diese Summen zu finanzieren, ist uns bei der Haushaltsvorbereitung wirklich nicht leicht gefallen. Es stimmt wohl - das wird jeder nachvollziehen können, der einmal Mathematik gelernt hat; die PISA-Studie stellt uns in diesem Punkt kein so schlechtes Zeugnis aus -, dass deshalb auch ...

HERR MARAITE (*aus dem Saal*).- Die PISA-Studie betrifft die 15-Jährigen!

HERR PAASCH, Minister.- Ja, wir waren doch wohl alle mal 15 Jahre ... Wenn wir redlich sind, stellen wir natürlich fest, dass deshalb auch in anderen Zuständigkeitsbereichen bestimmte Forderungen zurückgesetzt werden mussten. Das kann auch nicht anders sein, wenn man 2,6 Millionen EUR auftreiben muss. Ich denke, dass das Zurückstellen gewisser Forderungen in einigen Zuständigkeitsbereichen vertretbar war. Kollege Gentges hat eben einige Argumente dafür geliefert. Wichtigste Begründung waren die Steigerungsraten dieser Zuständigkeitsbereiche in der Vergangenheit. Es stimmt, für 2005 sind in keinem anderen Bereich vergleichbare Steigerungsraten vorgesehen worden. Aber Sie werden einsehen, dass wir Prioritäten setzen mussten. Dazu gehört eben für uns ganz wesentlich die Unterrichtspolitik. Mehr war aber nun wirklich nicht drin!

Wir haben versprochen, das Einfrieren des Stundenkapitals im Grund- und Sonderschulwesen in diesem Schuljahr auslaufen zu lassen. Das werden wir tun. Auch das ist, wenn Sie genau nachrechnen, eine Anstrengung, denn gerade für das Sonderschulwesen werden wir zusätzliche Gehaltsmittel zur Verfügung stellen müssen. Einen entsprechenden Vorschlag haben wir ja in das Sammeldekret integriert. Ich denke, gerade das sind wir den förderbedürftigen Menschen, die Sie eben zu Recht ansprechen, in unserer Gemeinschaft schuldig. Übrigens sollte man das auch berücksichtigen, wenn man sagt, dass im Behindertenbereich gespart wird, was aber so nicht richtig ist. Gerade in den Sonderschulen tun wir sehr viel für die förderbedürftigen Kinder und für die Kinder mit einer Beeinträchtigung.

Aber ich gebe gerne zu, dass wir eines nicht geschafft haben, weil wir es nicht schaffen konnten, nämlich das Einfrieren von Stundenkapitals im Sekundarschulwesen vorzeitig zu beenden. Ich gebe das zu. Glauben Sie mir: Ich, wir, die gesamte Regierung und die gesamte Mehrheit hätten auch gerne gerade im Sekundarschulwesen einen neuen und besseren Berechnungsschlüssel vorgeschlagen, da wir wissen, dass die Situation im Sekundarschulwesen aufgrund gestiegener Schülerzahlen höchst unkomfortabel ist.

Wir wissen auch, dass das Aufheben des Dekrets über das Einfrieren des Stundenkapitals ein, allerdings nur ein Lösungsansatz gewesen wäre, um die Klassengröße und die Belastung von Lehrkräften zu verringern. Aber - das wissen Sie, wenn Sie die Haushaltsdokumente studieren - wenn wir das getan hätten, dann hätte das zur Folge gehabt, dass die Gehaltskosten im Unterrichtswesen im

Jahr 2005 nicht um besagte 4,13%, sondern um weit mehr als 5%, wahrscheinlich sogar 5,20% angestiegen wären. 2006 wären es statt der vorgeschlagenen 2,35% weit mehr als 3% gewesen. Das, meine Damen und Herren, wäre ganz einfach nie und nimmer in dieser Kürze zu finanzieren gewesen. Übrigens habe ich das auch nie versprochen. Ich habe nie versprochen, dass wird das innerhalb von wenigen Monaten schaffen würden, denn gerade unsere Fraktion weist seit vielen Jahren auf die engen Handlungsspielräume gerade in den Jahren 2005 und 2006 hin.

Deshalb kann und konnte unser Ziel aufgrund dieser finanziellen Rahmenbedingungen nur darin bestehen, die Einfrierungsdekrete in dieser Legislaturperiode auslaufen zu lassen bzw. günstigere Berechnungsgrundlagen einzuführen, so dass wir Ende dieser Legislaturperiode - das ist die Dauer, an der wir uns messen lassen wollen - hoffentlich feststellen werden, dass nirgendwo mehr das Stundenkapital eingefroren bleibt. Wenn wir das schaffen, dann haben wir unser Ziel erreicht. Aber glauben Sie mir, das ist bei weitem keine einfache Aufgabe, und schon gar nicht, wie letztes hier mal behauptet wurde, eine Selbstverständlichkeit. Wer das glaubt, der irrt. Das ist sogar eine besonders ehrgeizige Herausforderung aus finanzieller Sicht.

Ich sagte eben, dass die Gehaltskosten 2005 um 4,13%, d.h. um 2,6 Millionen EUR steigen werden, und das bei eingefrorenem Stundenkapital. Es dürfte aber jedem klar sein, dass die Gemeinschaft mittelfristig nicht in der Lage sein wird, solche Steigerungsraten zu finanzieren. Natürlich wissen wir, dass die Schülerzahlen sinken werden. Sie sinken im Grundschulwesen sogar schon sehr rapide, im Sekundarschulwesen allerdings noch nicht. Wir wissen auch, dass wir den Gewerkschaften nicht jedes Jahr reale Gehaltserhöhungen in dieser Größenordnung zugestehen müssen.

Allerdings möchte ich zu bedenken geben, dass auch unsere Einnahmen von den Schülerzahlen abhängen, denn wenn die Schülerzahlen sinken, kann das nur bedeuten, dass unsere Bevölkerung unter 18 Jahren sinkt. Wer weiß, wie unsere Einnahmen errechnet werden, der weiß auch, dass unsere Einnahmen von dieser Entwicklung der Bevölkerung unter 18 Jahren abhängen, und wenn die sinkt, dann sinken auch unsere Einnahmen.

Wenn wir also nicht mit zwei sehenden Augen in eine finanzielle Sackgasse geraten wollen, dann müssen wir uns heute unmittelbar und jetzt sofort darüber Gedanken machen, wie wir die Steigerungsraten der Personalkosten in den Griff bekommen bzw. wie wir sie finanzieren wollen. Wer sich wirklich ernsthaft mit dieser Frage beschäftigt, der wird sehr schnell feststellen, dass wir dieses Geld nicht ausschließlich aus anderen Zuständigkeitsbereichen entnehmen können, und zwar deshalb, erstens weil auch diese Bereiche selbstverständlich eine Daseinsberechtigung haben und zweitens weil es diese Summen ganz einfach in dieser Größenordnung dort gar nicht gibt. Schließlich geben wir für den gesamten Sportbereich nur nichtaufgegliederte Mittel in Höhe von 712.000 EUR aus. Für den gesamten Kulturbereich geben wir ebenfalls nur nichtaufgegliederte Mittel in Höhe von 1 Million EUR aus. Was heißt das? Diese beiden Zuständigkeitsbereiche zusammen machen weniger aus, als das, was wir jedes Jahr für die Kostensteigerung der Unterrichtsgehälter zusätzlich rekurrent aufbringen müssen.

Das kann nur bedeuten, dass wir mittelfristig nicht in der Lage sein werden, die Qualität des Unterrichts zu verbessern, wenn wir nicht auch innerhalb des Unterrichtshaushaltes umschichten bzw. Prioritäten festlegen. Verschiedene Redner haben zu Recht darauf hingewiesen, dass wir gerade im Bildungsbereich vor großen Herausforderungen stehen. Das hat uns nicht nur, aber auch die PISA-Studie noch einmal sehr deutlich in Erinnerung gerufen.

Wenn die CSP meint, man hätte seit der ersten PISA-Studie im Jahr 2000 keine Verbesserungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft feststellen können, dann muss ich Ihnen antworten, dass es dafür einfache Gründe gibt. Ein Grund ist, dass zwischen der letzten und der neuen Erhebung nur anderthalb Jahre lagen, wenn Sie das mal im Detail nachschauen. Dieser kurze Zeitraum kann nun wirklich nicht ausgereicht haben - ohne dass ich die Vorgängerregierung nun in Schutz nehmen müsste -, um gerade

im Bildungswesen entscheidende grundlegende Veränderungen hinzukriegen. Das ist ein viel langfristigeres Projekt.

Dennoch müssen wir aus der PISA-Studie und vielen anderen Erhebungen lernen. Vor allem müssen wir aus der Feststellung lernen, dass unser Bildungssystem immer noch sozial ungerecht ist. Sie haben Recht: Die Zukunft der Schüler hängt immer noch sehr von der Herkunft und dem sozialen Umfeld der Eltern ab. Die Kollegen Niessen und Chaineux sowie Redner aller Fraktionen haben das zu Recht beklagt und festgestellt. Sie alle haben auch festgestellt, dass der Leistungsunterschied zwischen starken und schwachen Schülern gerade bei uns erschreckend hoch ist, bei uns in Belgien insgesamt, aber auch ganz besonders in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Anlässlich der Vorstellung dieser Studie in Brüssel sagte Herr Schleicher, der sich federführend um diese Analyse gekümmert hat, dass wir zu den Weltmeistern im Fach „Soziale Ungerechtigkeit“ gehören. Das darf uns nicht kalt lassen.

Auch wurde festgestellt, dass gerade der Schulrückstand in der Deutschsprachigen Gemeinschaft besonders hoch ist, dass also viele Kinder schon in jungen Jahren, zum Teil bereits im Kindergarten, ein Jahr und manchmal sogar mehrere Jahre doppeln. Das ist dann besonders schlimm, wenn zudem - das ist so - noch wissenschaftlich nachgewiesen wurde, dass dieses Doppeln den Kindern herzlich wenig bringt. Ganz im Gegenteil! Doppeln bedeutet in den meisten Fällen ganz einfach, den Kindern viel zu früh wichtige Entwicklungschancen zu nehmen.

Wir müssen also unbedingt für soziale Chancengerechtigkeit sorgen und dabei gerade den sozial schwächeren und den förderbedürftigen Kindern unsere besondere Aufmerksamkeit widmen. Herr Palm hat Recht, wir brauchen dazu ein strategisches Konzept, und zwar ein strategisches Gesamtkonzept für alle Schulsysteme und für alle Schulformen, in dem wir auch diesen objektiven Erkenntnissen von Studien Rechnung tragen müssen. Für dieses Konzept - das weiß jeder Bildungspolitiker, vor allem diejenigen, die das schon viel länger machen als ich - müssen wir uns Zeit nehmen, denn wir wissen alle: Nichts schadet dem Unterricht mehr als Reformschnellschüsse, die erwiesenermaßen wie viele andere berühmt-berühmte Schüsse nach hinten losgehen.

Das Unterrichtswesen braucht Planungssicherheit, Stabilität und langfristige, nachhaltige Richtlinien. Nichts würde der Bildung mehr schaden als permanente Reformansätze, die nach jeder Wahl von einem neuen Minister und von übereifrigen Bildungspolitikern permanent über Bord geworfen würden und nur Unruhe stiften könnten. Deshalb hat sich diese Regierung vorgenommen, zusätzlich zum Tagesgeschäft und den zahlreichen in der Regierungserklärung aufgeführten, dringend notwendigen und konkreten Maßnahmen ein nachhaltiges und strategisches Konzept für die Ausbildung unserer Kinder zu erstellen. An diesem Konzept wird im Augenblick unter Einbeziehung von außenstehenden Experten fieberhaft gearbeitet.

Wenn Sie mir das nicht glauben, dann möchte ich Ihnen einmal sagen, womit wir uns in diesen Arbeitsgruppen beschäftigen, denn wir wissen jetzt schon, dass einige Dinge auf jeden Fall in dieses Thesenpapier aufgenommen werden müssen: erstens die Definition des Auftrags aller Erziehungsberechtigten und Bildungsakteure. Wir werden feststellen, dass im Bildungswesen viele Akteure aktiv sind und jeder seine eigenen Aufgaben und seine eigenen Verantwortungen hat. Wir werden feststellen, dass eine Steigerung der Bildungsqualität nur dann gelingen kann, wenn alle mitmachen, d.h. Lehrer, Eltern und Schüler. Deshalb werden wir ein gesellschaftliches Bündnis für Bildung, einen Pakt aller gesellschaftlichen Kräfte brauchen, wenn wir Bildungsqualität nachhaltig steigern wollen. Wir werden noch mehr brauchen: Wir werden ein Bündnis für Bildungskultur brauchen, um den Stellenwert der Bildung und die Bedeutung von Unterricht und qualifizierter Ausbildung überall in der Gesellschaft bewusst zu machen. Nur mit einem solchen breit angelegten Bündnis wird es möglich sein, den Lehrerberuf aufzuwerten und für die gesellschaftliche Anerkennung zu werben, die dafür Grundvoraussetzung ist.

Zweitens werden wir verbindliche Richtlinien für Schüler und für Lehrer brauchen. Einige davon gibt

es schon, und neue werden hinzugefügt werden müssen: Bildungsstandards, Lehrpläne, Methodik, Stundenraster und Unterrichtsmaterial. Wir brauchen einen roten Faden, und alles muss aufeinander aufbauen. Hier müssen wir die Erkenntnisse anderer Gemeinschaften und Länder, insbesondere Finnland und Schweden durchaus berücksichtigen. Kollege Dr. E. Meyer regte an, Austauschprogramme oder aktiven Austausch mit Finnland zu organisieren. Das mag sinnvoll sein. Ich hoffe dann aber, dass Sie uns nicht im Nachhinein wieder im Internet oder anderswo vorwerfen, ins Ausland gereist zu sein. Wir sind mit Fahrten ins Ausland sehr vorsichtig. Schließlich wissen wir, welcher Kritik wir uns aussetzen, wenn wir es wagen, Dienstreisen zu unternehmen. Im Vordergrund muss bei diesen Richtlinien für Schüler und Lehrer die Förderung von Grundfertigkeiten und die soziale Chancengerechtigkeit stehen. Dabei darf das Schulwesen auf keinen Fall ideologisch überfrachtet werden. Wir werden ein Mischmodell aus Frontalunterricht und aktiver Schülerbeteiligung anstreben müssen. Weder der frontale Schulunterricht ist insgesamt überall zu verdammen noch die so genannte sehr moderne Pädagogik des aktiven Mitarbeitens aller Kinder und Schüler. Beides wird notwendig sein, und das muss altersgerecht gestaltet werden, sowohl der Frontalunterricht als auch der partizipative Unterricht.

Wir werden uns dabei auch sehr genau die Prinzipien des Jena-Plans anschauen, die bereits jetzt in zahlreichen Grundschulen unserer Gemeinschaft zum Gedankengut gehören und umgesetzt werden. Wir werden über Stufenpädagogik reden und heutige Prüfungssysteme - viele Kollegen haben es angesprochen - hinterfragen müssen. Wir müssen Wege finden, die für den Unterricht zur Verfügung stehende Zeit zu erhöhen. Wir werden mittelfristig die Gedanken und Grundlagen dafür schaffen müssen, die Förderbedürftigkeit eines jeden Kindes früh - am liebsten so früh wie in Finnland - zu erkennen, dann differenzierten Unterricht zu erteilen, d.h. auf das Individuum zugeschnittenen Unterricht, und dabei weniger zu selektieren und viel später zu spezialisieren. Wir werden uns in diesem Zusammenhang mit der Zweckmäßigkeit und dem Sinn des so genannten renovierten Unterrichts befassen müssen. Dabei werden wir mit Sicherheit auch darüber nachdenken müssen, ob es sinnvoll ist, so viele Optionen anzubieten, die ja gerade sehr früh zu Spezialisierungen führen.

Drittens werden wir Planungssicherheit und Stabilität durch klar definierte organisatorische Rahmenbedingungen brauchen. Dazu gehört natürlich ein angemessenes Dienstrecht, eine angemessene Stundenkapitalberechnung, pädagogisch sinnvolle und finanziell vertretbare Normen bzw. Richtlinien für Schul- und Klassengrößen. Da werden wir uns mit der Frage des Konzeptes der Dorfschulen auseinander setzen müssen. Dabei wird zu berücksichtigen sein: Was ist pädagogisch vertretbar und finanziell machbar? Wir können es uns beispielsweise nicht leisten, allen Dorfschulen Mediotheken zur Verfügung zu stellen, die aber nach den Erkenntnissen der PISA-Studien für die pädagogische Ausbildung der Kinder von Bedeutung sind.

FRAU SCHWALL (*aus dem Saal*).- Auch schon in den Primarschulen?

HERR PAASCH, Minister.- Für Kinder insgesamt. Aber Mediotheken kann es nicht in allen Primarschulen unserer Gemeinschaft geben. Das wäre ein Konzept, das wir nicht finanzieren können! ... Dann werden wir uns die Frage stellen müssen: Was ist eine Dorfschule? Eine Dorfschule ist nach meinem Verständnis jedenfalls nur dann eine Dorfschule, wenn auch die Kinder in dieser Schule aus dem entsprechenden Dorf kommen. Wenn dem nicht so ist, dann müssen wir uns die Frage stellen, ob wir es noch mit einer Dorfschule zu tun haben, die zum Konzept der ländlichen Entwicklung beiträgt. Das sind Fragen, die wir uns in diesem Zusammenhang durchaus stellen müssen.

Zu diesen organisatorischen Rahmenbedingungen gehört auch das Konzept der Autonomie von Schulen innerhalb eines per Dekret klar definierten und verbindlichen Rahmens. In diesem Zusammenhang fragte Kollege Schröder oder Kollege Palm, wie viele Lehrer wir für wie viele Schüler beschäftigen. Es wurde die Zahl 10 genannt. Diese Zahl ist jedoch mit allergrößter Vorsicht zu genießen. Sie ist aus der Feststellung heraus entstanden, dass wir 1.750 Lehrer für 15.468 Schüler - darin sind die Abendschulen eingeschlossen - beschäftigen. Das macht einen Durchschnitt von



ungefähr 10 aus. Dabei ist ebenfalls zu berücksichtigen, dass es sich bei diesen 1.750 Stellen nicht nur um Full-Time-Stellen handelt. Dort werden auch eine ganze Reihe von Teilzeitbeschäftigten mitgerechnet und auch Menschen, die derzeit aus Krankheits- oder anderen Gründen im Unterricht nicht mehr aktiv sind. Das müssen wir berücksichtigen. Aber wir müssen uns tatsächlich die Frage stellen, ob wir nicht gerade auch durch die zahlreichen Optionen dazu beitragen, dass auf der einen Seite sehr kleine Klassen bestehen und auf der anderen Seite viel zu große. In diesem Zusammenhang spielt auch die Idee der Nachfrage nach Dorfschulen eine Rolle. Wir haben beispielsweise in manchen Eupener Grundschulen Klassen mit über 25 oder sogar 28 Schülern; anderswo in unserer Gemeinschaft gibt es ganze Schulen, inklusive Kindergarten, die insgesamt auch nur 28 Schüler haben. Diese Gedanken müssen wir uns mit Sicherheit machen.

Fünftens muss in diesem Zusammenhang auch ein Konzept für die Erstausbildung, die Weiterbildung und die lebenslange Weiterbildung der Lehrkräfte entwickelt werden. Es wurde angeregt - ich glaube, von Kollege Strougmayer -, dass man in diesem Zusammenhang auch darüber nachdenken sollte, verpflichtende Weiterbildungen anzubieten. Ich denke sehr ernsthaft und auch sehr wohlwollend über diesen Vorschlag noch einmal nach.

In diesem Gesamtzusammenhang - ich werde morgen darauf noch etwas näher eingehen dürfen - wurde auch die Sprachenkompetenz angesprochen, die in der Tat von fundamentaler Bedeutung ist. Es ist richtig: Wenn die Lehrkräfte gerade für die Grundschule nicht die notwendigen Ausbildungen erhalten haben bzw. nicht in der Lage sind, gut Französisch zu unterrichten, dann hat das auch mit der Ausbildung in der Pädagogischen Hochschule zu tun. Gerade auf Ebene der Grundschule ist es natürlich wichtig, dass wir über kompetente Lehrkräfte im Fach Französisch verfügen. Das ist im Moment nicht immer der Fall.

In der Regierungserklärung finden Sie in diesem Zusammenhang eine konkrete Maßnahme, nämlich diejenige der Schaffung des Amtes eines Fachlehrers im Grundschulwesen. Ich gebe aber zu bedenken, dass das vielleicht nicht unbedingt der Weisheit letzter Schluss sein muss. Es gibt einige Bedenken in Bezug auf diese Maßnahme, beispielsweise diejenige, dass Kinder gerade in der Grundschule auf einheitliche und am besten immer dieselben Bezugspersonen angewiesen sind. Das ist für die Entwicklung des Kindes insgesamt wichtig. Wenn wir das Amt des Fachlehrers schaffen, dann schaffen wir aber zusätzliche Bezugspersonen. Aber wir haben bislang noch keine definitive Schlussfolgerung aus den angestellten Überlegungen gezogen. Insgesamt haben Sie alle Recht: Sprachenkompetenz ist ein ganz wichtiger Beitrag, den wir zu leisten haben, nicht nur für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Gebietes, sondern vor allem auch für die wichtige kulturelle Vielfalt und Öffnung des Gebietes insgesamt.

Es bleibt im Unterrichtswesen viel zu tun, wenn wir den Herausforderungen der Zukunft gerecht werden sollen. Einiges davon wird Geld kosten. Ich sagte es bereits: Wenn wir nicht mit zwei sehenden Augen in eine finanzielle Sackgasse geraten wollen, dann müssen wir, wenn wir unseren Haushalt nicht gegen die Wand fahren wollen und wenn wir notwendige Reformen finanzieren wollen, jetzt und heute - ich betone das Wort - den Mut aufbringen, bestimmte Vergünstigungen in Frage zu stellen. Ich denke, das sind wir unseren Kindern schuldig. Wer diesen Mut heute nicht aufbringt, der handelt nachhaltig grob fahrlässig.

Kollege Palm und Kollege Strougmayer haben einige im Sammeldekret vorgeschlagene Maßnahmen erwähnt. Dort war die Rede vom Vorruhestand und vom Ernennungsstopp im Grundschulwesen - ich betone „im Grundschulwesen“. Es war auch die Rede von den so genannten „plages horaires“ für Zeitweilige. Das betrifft vor allem die Sekundarschulen und nur ganz marginal die bereits im Grundschulwesen beschäftigten Personen. Ich möchte darauf jetzt nicht im Detail eingehen. Ich werde das morgen nachholen, denn sonst wird mir heute irgendwann der Kollege Präsident das Mikrofon ausschalten.

Diese Maßnahmen insgesamt - das sage ich aber auch in aller Deutlichkeit - werden nicht ausreichen, um alle finanziellen Herausforderungen oder Forderungen erfüllen zu können. Es handelt sich allerdings um erste wichtige Schritte in die richtige Richtung. Selbstverständlich muss und wird das Durchforsten aller Haushaltsposten weiter gehen. Wir müssen jetzt und heute diesen Mut aufbringen, auch wenn wir uns dadurch nicht überall - das wissen wir - beliebt machen. Allerdings sind wir auch nicht gewählt worden, um uns überall beliebt zu machen und auf die nächsten Wahlen zu schielen.

Wir sind gewählt worden, um das Schiff „Gemeinschaft“ - so nannte es unser ehemaliger Kollege Jaegers vor einigen Jahren im Zusammenhang mit der Finanzpolitik - oder - wie Kollege Palm meinte - den Zug oder - wie der Herr Ministerpräsidenten oft sagt - den Betrieb „Deutschsprachige Gemeinschaft“ wie ein guter Familienvater zu führen. ... (*Zwischenruf von Frau Thiemann*) ... Das ist unsere Verantwortung. Es gehört zu unserer Verantwortung, die Weichen so zu stellen - das wird wohl auch die CSP so sehen -, dass es sich auch noch in einigen Jahren nachhaltig lohnt, in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu wohnen, zu leben und zu arbeiten. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Applaus bei der PJU/PDB, SP und PFF)*

DER PRÄSIDENT.- Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, schließen wir die Diskussion über den Organisationsbereich 30 ab.